



Nr. 16

25. April 2013

Inhalt

[dbb: Mangelnde Personalausstattung beeinträchtigt Wirksamkeit staatlicher Kontrollen+++](#)
[Dauderstädt eröffnet 2. Forum Behindertenpolitik – „Teilhabe muss zum Selbstverständnis einer Gesellschaft gehören“+++](#)
[dbb: Altersgeld schließt Gerechtigkeitslücke+++](#)
[Bundesbeamte: dbb-Widerstand gegen unbezahlte Mehrarbeit hatte Erfolg+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb Hessen: Geplante Besoldungsanpassung lässt Wünsche offen+++](#)
[BBW beschließt Protestaktionen gegen grün-rote Sparbeschlüsse+++](#)
[Knecht: Landesregierung hat es verlernt zu motivieren+++](#)
[Steuer-Gewerkschaft erwartet weitere prominente Fälle aus dem Sport+++](#)
[BDZ-Kritik: Viele Firmen unterlaufen Mindestlohn+++](#)
[DPoIG begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Anti-Terror-Datei+++](#)
[DPVKOM setzt Warnstreiks bei der Deutschen Post fort+++](#)
[Chancenungleichheit an Schulen – DPhV fordert verbesserte individuelle Förderung+++](#)
[BTE zu neuem Mess- und Eichgesetz: Hängepartie endlich beendet+++](#)
[Forstleute enttäuscht wegen drastischer Kürzung der Mittel für Waldklimafonds+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb: Mangelnde Personalausstattung beeinträchtigt Wirksamkeit staatlicher Kontrollen

(dbb) Der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, hat den Personalmangel in staatlichen Behörden kritisiert, die etwa für Lebensmittel- oder Steuerkontrollen zuständig sind. Dieser sei für die Häufung von Lebensmittelskandalen und Steuerbetrug mitverantwortlich.

„Die Skandale zeigen ein Defizit auf: die flächendeckend schwache Personalausstattung des Staates. Uns fehlen aktuell bereits über 100.000 Stellen in allen Leistungsbereichen“, sagte Dauderstädt der „Neuen Westfälischen“ (Ausgabe vom 24. April 2013). „Nicht die Beamten versagen, sondern der Staat, der seine Institutionen nicht adäquat aufstellt.“

So gebe es in den 430 kommunalen Lebensmittelüberwachungsämtern nur 28 Lebensmittelchemiker. Aber nur diese könnten feststellen, ob es sich um Rind- oder Pferdefleisch handelt. Weit höher sei der Personalmangel in den Finanzbehörden. Dort fehlten 10.000 Beamte, sagte Dauderstädt. Diese Situation kön-

ne man als Offenbarungseid der Politik beschreiben.

Mit Blick auch auf den aktuellen Fall Uli Hoenß sagte Dauderstädt, der dbb sei „für einen starken Staat. Der muss natürlich finanziert werden durch angemessene Steuereinnahmen.“ Der dbb Chef fügte hinzu: „Wer seine Steuern nicht bezahlt, verhält sich wie ein Zechpreller, der betrunken die Kneipe verlässt ohne zu bezahlen.“ Dauderstädt verwies auch auf die vielen Überstunden, die von Polizisten angehäuft werden, weil sie Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen: „Überstunden sind ein Indikator für Personalmangel.“ (01/16/13)

Dauderstädt eröffnet 2. Forum Behindertenpolitik – „Teilhabe muss zum Selbstverständnis einer Gesellschaft gehören“

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 23. April 2013 in Berlin das 2. Forum Behindertenpolitik des dbb eröffnet. Aus Sicht des dbb sei es elementar, sagte Dauderstädt, dass die Integration von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur aufgrund des drohenden Fachkräftemangels forciert werde. „Vielmehr muss Teilhabe am Arbeitsmarkt zum Selbstverständnis einer inklusiven Gesellschaft gehören“, so der dbb Chef.

Der dbb habe diesbezüglich auf seinem Gewerkschaftstag 2012 im Leitantrag zur Bildung bereits beschlossen, dass „die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ ist und nicht von Bildungsstätten allein. Mit Blick auf das deutsche Bildungssystem kritisierte Dauderstädt, dass das Doppelsystem aus Regelschulen einerseits und separaten Förderschulen andererseits sich nur langsam weiter entwickelt: „Der Perspektivwechsel vom separaten zum gemeinsamen Unterricht, den die UN-Behindertenrechtskonvention 2009 einleiten wollte, ist im deutschen Schulsystem bisher nur ansatzweise vollzogen.“ Daher sei es notwendig, durch positive Beispiele Schulen zu ermutigen, Inklusion umzusetzen. „Denn ohne Frage ist der gemeinsame Unterricht für Schu-

len, die bislang keine Erfahrungen mit Inklusion gesammelt haben, eine große Herausforderung, wenn alle Kinder davon profitieren sollen.“

Das Forum (23. / 24. April 2013) beschäftigte sich mit den aktuellen Herausforderungen in der Behindertenpolitik. Im Fokus standen dabei der Fortschritt bei der Umsetzung von Inklusion in der Schule und am Arbeitsmarkt und die Realisierung der Ziele aus der UN-Behindertenrechtskonvention. Darüber hinaus wurden behindertenrechtliche Fragestellungen in der Rechtsprechung der Sozialgerichte sowie Chancen und Probleme in der praktischen Arbeit von Personalräten und Schwerbehindertenvertretern thematisiert. (02/16/13)

dbb: Altersgeld schließt Gerechtigkeitslücke

(dbb) Der dbb hat den Beschluss des Bundestages zur Einführung eines Altersgeldes für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten begrüßt. „Es ist richtig und wichtig, dass die Koalition unsere Forderung nach einem Altersgeld für ehemalige Beamte aufgegriffen und damit endlich eine Gerechtigkeitslücke geschlossen hat“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Berlin, nachdem das Parlament in der Nacht zum 19. April 2013 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

„Bislang wurde ein freiwilliger oder aus strukturellen Gründen ‚notgedrungener‘ Aussteiger so behandelt, als hätte er die höchste Disziplinarstrafe, die das Beamtenrecht kennt, erhalten: Das Beamtenverhältnis endet, dem Beamten werden sämtliche Versorgungsansprüche gestrichen, und er wird nur in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Im Ergebnis hatte er dann ein substanziiell gemindertem Alterseinkommen. Mit dem Altersgeld des Bundes erhalten diese Aussteiger jetzt eine existenzfeste Perspektive, die ihrem Einsatz für das Gemeinwesen angemessen ist“, so der dbb Chef.

Mit verstärkten Abwanderungstendenzen ist laut Dauderstädt nicht zu rechnen: „Es geht in erster Linie darum, eine ungerechtfertigte Benachteiligung aus der Welt zu schaffen und damit den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber attraktiv zu halten – nur wer seinen Leistungsträgern neben guten Einkommens- und Arbeitsbedingungen sichere Perspektiven bietet, auch in Sachen Mobilität, wird im Kampf um die besten Köpfe bestehen können.“ Zudem sei die neue Altersgeldregelung schon wegen der pauschalen Kürzung um 15 Prozent nicht so opulent ausgestaltet, „dass es verlockend wird, den öffentlichen Dienst massenhaft zu verlassen“, betonte Dauderstädt.

Mit dem nunmehr vom Bundestag beschlossenen „Altersgeld“, das quasi einen „dritten Weg“ neben dem eigenständigen System der Beamtenversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung einnimmt, können Beamte, die ihr Amt aufgrund struktureller Rahmenbedingungen schlichtweg aufgeben müssen wie beispielsweise in den Postnachfolgeunternehmen oder Berufssoldaten, mit einer abgesenkten eigenständigen Alterssicherung rechnen“, hob der dbb Bundesvorsitzende hervor.

Nach dem Altersgeld-Gesetz haben freiwillig vorzeitig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten künftig die Möglichkeit, anstelle der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber dem vormaligen Dienstherrn einen Anspruch auf die Gewährung von Altersgeld geltend zu machen. Die Höhe des Anspruchs bestimmt sich nach den zuletzt erhaltenen Bezügen und nach der geleisteten Dienstzeit. Er ruht, bis der ehemalige Bundesbedienstete die gesetzliche Regelaltersgrenze erreicht hat. Beim Altersgeld handelt es sich nicht um eine Versorgung im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes. Mit der Entlassung entsteht vielmehr ein eigenständiger Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich der bis dahin erworbenen Anwartschaften auf Altersversorgung.

(03/16/13)

Bundesbeamte: dbb-Widerstand gegen unbezahlte Mehrarbeit hatte Erfolg

(dbb) Nach massiven Protesten des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften hat die Bundesregierung am 18. April 2013 von ihren Plänen Abstand genommen, im Bundesbeamtenbereich unbezahlte Mehrarbeit durchzusetzen:

Zum ursprünglichen Gesetzentwurf, der vorsah, dass Beamtinnen und Beamte der Bundeswehr-Feuerwehr künftig 48 statt 41 Stunden in der Woche ohne Besoldungsausgleich arbeiten, legten die Regierungsfractionen am 18. April 2013 in den Ausschüssen einen Änderungsantrag vor. Demnach soll nun eine zeit-

lich begrenzte Zulage den durch die Mehrarbeit entstehenden Einkommensverlust abfedern. „Das ist ein beeindruckender erster Erfolg unseres konzertierten Widerstands“, zeigte sich die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann in Berlin zufrieden: „Dieses Beispiel unbezahlter Mehrarbeit durfte auf

keinen Fall Schule machen“, so Lühmann, „wer mehr arbeitet, muss dafür auch bezahlt werden.“

Die dbb Vize kritisierte indes, dass die nunmehr eingeräumte Zulage zeitlich auf fünf Jahre begrenzt sei und sich zudem jährlich verringern solle: „Ab 2018 verdient eine Feuerwehrfrau oder ein Feuerwehrmann der Bundeswehr nach jetzigem Stand für 48 Stunden Wochenarbeitszeit nur noch so viel, wie für 41 Stunden. Das kann und darf nicht sein. Wir werden die einzelnen Koalitionsabgeordneten, die im Ausschuss ihre Verhandlungsbereit-

schaft über die Einschränkungen der Zulage signalisiert haben, beim Wort nehmen“, kündigte Lühmann an. Auch dem Plan, dass den Feuerwehrbeamten der Ausgleich für besondere familiäre Pflichten, den sie bisher wie alle anderen Beamtinnen und Beamte des Bundes bekommen haben, gestrichen werden soll, werde man weiterhin entschieden entgegen treten. „Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur himmelschreiend unfair, sie steht auch allen rechtlichen Bestimmungen bis hin zum Gleichheitsgrundsatz entgegen“, machte die dbb Vize deutlich.
(04/16/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Hessen: Geplante Besoldungsanpassung lässt Wünsche offen

(dbb) Mit Zurückhaltung und leicht enttäuscht hat der dbb Hessen auf die Ankündigung der Landtagsfraktionen von CDU und FPD reagiert, den Tarifabschluss in Hessen nicht ungeschmälert auf die hessischen Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

„Es ist bedauerlich“, so der Landesvorsitzende Walter Spieß am 23. April 2013, „dass sich die Regierungskoalition nicht vergleichbar dem Bundesland Bayern zu einer Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses durchringen konnte. Die Nichtgewährung der Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro in 2013 und der Einmalzahlung 2014 in Höhe von 225 Euro schmerzt.“

„Andererseits werden“, so Spieß weiter, „zu den gleichen Stichtagen wie im Tarifbereich die linearen Anpassungsschritte für alle Besoldungsgruppen vollzogen, und die tariflich vorgesehenen Steigerungsraten von jeweils 2,8 Prozent schlagen nach Abzug der gesetzlich

vorgesehenen Zuführung von jeweils 0,2 Prozent zur Versorgungsrücklage auch im Beamtenbereich voll zu Buche und werden tabellenwirksam. Eine Abkoppelung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger findet nicht statt.“

Damit komme es in Hessen wieder einmal zu einer Sonderbelastung der Beamtinnen und Beamten. Andererseits verkenne der dbb Hessen aber nicht, dass in einigen anderen Bundesländern noch härtere Sparauflagen im Beamtenbereich durchgezogen werden oder drohen.
(05/16/13)

BBW beschließt Protestaktionen gegen grün-rote Sparbeschlüsse

(dbb) Der BBW - Beamtenbund Tarifunion (BBW) wird auf die Sparbeschlüsse der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung mit Protestaktionen reagieren. Das hat der Landeshauptvorstand am 17. April 2013 beschlossen.

Unter anderem soll eine Großkundgebung zeitnah zur Bundestagswahl stattfinden. „Auch wir verstehen uns auf eine Politik der Nadelstiche“, kommentierte Landesvorsitzender Volker Stich die Entscheidung des BBW, der weder

den Beschluss der grün-roten Koalition zur verzögerten Anpassung von Besoldung und Versorgung, noch die anvisierten Sparmaßnahmen im Lehrerbereich sang- und klanglos hinnehmen will.

Das eindeutige Nein zum Regierungsbeschluss, die Anpassung von Besoldung und Versorgung 2013/2014 um bis zu zwölf Monate zu verschieben, verbunden mit der Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme des Tarifergebnisses TV-L für alle Beamte und Versorgungsempfänger, hat der BBW in einer Resolution festgeschrieben. Dieses Positionspapier hat der Landeshauptvorstand, das höchste Beschlussgremium der Organisation, einstimmig verabschiedet.

Im Vorfeld der Entscheidung hatte BBW-Vorsitzender Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, die grün-rote Regierungskoalition in Baden-Württemberg aufgefordert, ihre Sparbeschlüsse noch einmal zu überdenken. „Die zeitversetzte Anpassung von Besoldung und Versorgung muss noch einmal auf den Prüfstand“, sagte er in Gegenwart der

Vorsitzenden aller Landtagsfraktionen. Sie waren der Einladung des BBW gefolgt und zum „Dialog mit den Betroffenen“ nach Wernau gekommen. Dort wurden sie mit dem geballten Zorn der Betroffenen konfrontiert. „Schluss mit den Beamtensonderopfern. Finger weg von weiteren Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst“, forderten sie unisono.

Beamte und Versorgungsempfänger fühlten sich von der grün-roten Landesregierung verschaukelt, so Stich. Eindringlich forderte er ein Umsteuern: nämlich weg von Prestigeprojekten, hin zu den Grundlagen eines funktionierenden Staates mit genügend und gut bezahltem Personal bei Polizei und im Strafvollzug, in den Finanzämtern, in Schulen und Hochschulen, in der technischen Fachverwaltung und im Forst, in der Kommunalverwaltung, in den Regierungspräsidien und in den Ministerien. (06/16/13)

Knecht: Landesregierung hat es verlernt zu motivieren

(dbb) Die Verhandlungen über die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamten in Mecklenburg-Vorpommern sind am 19. April 2013 ohne Ergebnis unterbrochen worden. Die Gewerkschaften hatten die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses der Tarifrunde der Länder auf die Besoldung und Versorgung und den Urlaub gefordert. Gemäß dem Ergebnis der Tarifverhandlungen sollte zudem über eine Erhöhung der Zulage für die Berufsfeuerwehr verhandelt werden.

Das am 15. April von Finanzministerin Heike Polzin vorgelegte Angebot blieb zwar hinter dem Ergebnis der Tarifverhandlungen zurück, wurde aber von den Gewerkschaften trotzdem aufgrund seiner Substanz als verhandlungsfähig bewertet. „Damit haben die Gewerkschaften in der ersten Verhandlungsrunde große Kompromissbereitschaft gezeigt und ihren Willen deutlich gemacht, mit der Landesregierung zu einer Übereinkunft im Sinne der Betroffenen zu kommen. Trotz dieser Ausgangslage war es nicht möglich, zu einem umfassenden gemeinsamen Ergebnis zu kommen“, teilte der dbb m-v mit und führte zur Begründung die Festlegung der Finanzministerin auf feste Gesamtbudgets für die Jahre 2013, 2014

und 2015 an. Verhandlungen seien damit nur über die Frage der Ausgestaltung im Rahmen der geplanten Budgets möglich. Auch Innenminister Lorenz Caffier ließ keine Verhandlungsbereitschaft bezogen auf den Urlaub und auf die Feuerwehrezulage erkennen.

„Damit war klar, dass es sich bei dem Verhandlungsangebot nur um ein Placebo handelt“, so das Fazit von dbb Landeschef Dietmar Knecht. „Damit beweist die Landesregierung, dass das Wort Fürsorgepflicht zu einem Fremdwort geworden ist und sie es verlernt hat zu motivieren.“ Der dbb m-v erwarte nun eine Nachbesserung des Angebots. (07/16/13)

Steuer-Gewerkschaft erwartet weitere prominente Fälle aus dem Sport

(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hat die Bundesregierung zu einem konsequenteren Vorgehen gegen Steuerhinterziehung ermahnt. Er könne Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble „nur auffordern, sich an die

Spitze der Bewegung zu stellen, insbesondere in einem Wahljahr“, sagte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 23. April 2013).

Eigenthaler zeigte sich zuversichtlich, dass nach dem Ankauf einer weiteren CD mit Steuerdaten durch Rheinland-Pfalz sowie durch den Fall des FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß „jetzt richtig Fahrt in die Bekämpfung der Steuerhinterziehung kommt“. Der DSTG-Chef äußerte die Erwartung, dass demnächst weitere prominente Steuerhinterzieher aus dem

Bereich des Sports aufgedeckt würden. „Ich gehe davon aus, dass Uli Hoeneß kein Einzelfall ist“, sagte Eigenthaler. So werde immer wieder gemunkelt, dass hochrangige Sportfunktionäre oder Lizenzfußballer über Konten in der Schweiz verfügten.
(08/16/13)

BDZ-Kritik: Viele Firmen unterlaufen Mindestlohn

(dbb) In Deutschland zahlen weiterhin viele Betriebe nicht den Mindestlohn ihrer Branche. Im vergangenen Jahr seien allein in der Bauwirtschaft 1.690 Ermittlungsverfahren wegen Missachtung des Mindestlohns eingeleitet worden, berichtete die "Süddeutsche Zeitung" (Ausgabe vom 25. April 2013) unter Berufung auf eine neue Bilanz der Bundesregierung für 2012. In der Gebäudereinigung waren es demnach 248 und in der Pflegebranche, für die es erst seit 2010 eine Mindestlohnverordnung gibt, 50 Fälle. Die Zahlen hatte das Bundesfinanzministerium auf Anfrage der Grünen im Bundestag zusammengestellt.

Der Vorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Klaus-Hilger Leprich, sieht „dringenden Handlungsbedarf“ und fordert weitere Kontrollen und eine Aufstockung des Personals. Bei der Gründung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sei von der Kontrolle der Mindestlöhne nicht die Rede gewesen. Nun müssten die Zollbeamten diese Aufgabe zusätzlich übernehmen, obwohl nicht einmal die ursprünglich vorgesehene Zahl der Planstellen

von 7000 erfüllt sei. Leprich spricht sich daher für wenigstens 500 zusätzliche Betriebsprüfer aus, die sich nur um die Mindestlöhne kümmern sollten. In Deutschland sind bislang in 13 Branchen für knapp fünf Millionen Beschäftigte Lohnuntergrenzen vereinbart. Für die Überwachung sind die Beamten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls zuständig.
(09/16/13)

DPoIG begrüßt Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Anti-Terror-Datei

(dbb) Mit Erleichterung hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zur Anti-Terror-Datei aufgenommen. Die Entscheidung sei „ein starkes Signal zur richtigen Zeit“, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 24. April 2013. Er sehe die Sicherheitsbehörden auch im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus gestärkt, so Wendt. Die Beanstandungen des BVerfG müssen jetzt nachgebessert werden.

Rainer Wendt: „Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung klargestellt, dass der Staat sich nicht künstlich dumm und unwissend machen muss, sondern rechtmäßig erlangte Informationen auch verknüpfen und im Kampf gegen die Feinde unseres freiheitlichen Staatswesens nutzen darf.“ Das Gericht habe die große Bedeutung des Einsatzes der Sicherheitsbehörden gegen den Terrorismus gewürdigt und klargestellt, dass das Tren-

nungsgebot von Polizei und Nachrichtendiensten an dieser Stelle keinen Vorrang hat.

Die Korrekturen, die das Gericht angemahnt hat, müssten jetzt durch den Gesetzgeber realisiert werden, so Wendt weiter. „Es war zu erwarten, dass der weit gefasste Kreis derjenigen, die in die Datei aufgenommen werden, Anlass zu Kritik geben würde. Deshalb sind wir nicht überrascht, denn in der Vergangenheit

hat das Bundesverfassungsgericht auch bei anderen Sicherheitsgesetzen immer wieder handwerkliche Fehler der Politik korrigiert. Das Urteil zeigt, dass der Rechtsstaat nicht

schwach oder gar blind ist, sondern sich im Rahmen seiner Verfassung stark und erfolgreich aufstellen kann.“
(10/16/13)

DPVKOM setzt Warnstreiks bei der Deutschen Post fort

(dbb) Mit Warnstreiks am 24. April 2013 haben Mitglieder der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) die Deutsche Post nochmals mit Nachdruck aufgefordert, schnellstmöglich ein verhandlungsfähiges Tarifangebot auf den Tisch zu legen.

„Die Beschäftigten wollen und brauchen ein deutliches Plus im Portemonnaie. Angesichts eines operativen Gewinns der Deutschen Post von 2,67 Milliarden Euro im vergangenen Jahr ist unsere Entgeltforderung von 6,5 Prozent absolut gerechtfertigt“, sagte der Bundesvorsitzende der DVKOM, Volker Geyer.

Bestreikt wurde unter anderem der Zustellstützpunkt im schleswig-holsteinischen Rendsburg, wo es am 24. April und an den

kommenden Tagen zu erheblichen Einschränkungen bei der Briefzustellung kommen wird. Auch in einem Briefzentrum der Deutschen Post in Nordrhein-Westfalen wollten DPVKOM-Mitglieder ihre Arbeit für mehrere Stunden niederlegen. Sollte der Arbeitgeber bei seiner Hinhaltenaktik bleiben und kein vernünftiges Entgeltangebot präsentieren, provoziere er weitere Arbeitsniederlegungen, so Geyer.
(11/16/13)

Chancenungleichheit an Schulen – DPhV fordert verbesserte individuelle Förderung

(dbb) Fast zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland bezweifeln, dass Schüler ungeachtet ihrer sozialen Herkunft die gleichen Bildungschancen haben: 61 Prozent sehen eine Chancengerechtigkeit an deutschen Schulen grundsätzlich nur unzureichend oder überhaupt nicht gegeben. Drei Viertel der Lehrer (74 Prozent) sind zudem der Ansicht, dass eine individuelle Förderung einzelner Schüler – zum Beispiel zur Verringerung bestehender Leistungsunterschiede – im Rahmen der Lehrpläne kaum oder gar nicht möglich ist.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie mit dem Titel „Hindernis Herkunft: Eine Umfrage unter Schülern, Lehrern und Eltern zum Bildungsalltag in Deutschland“, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland durchgeführt hat.

Wie die Studie weiter zeigt, findet an nahezu jeder zweiten Schule in Deutschland (49 Prozent) wenigstens in Teilen bereits ein gemeinsamer Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung statt. Im Falle von Schülern mit körperlicher Behinderung, so die Meinung von 63 Prozent aller Lehrer, hätten diese an einer Regelschule bessere individuelle Chancen als an einer speziellen Förder- oder Sonderschule. Allerdings sehen fast drei Viertel aller Lehrer

(74 Probleme) derzeit größere Probleme bei der erfolgreichen Integration behinderter Schüler an deutschen Regelschulen. Als größte Hürden betrachten Lehrer dabei vor allem Ausbildungsdefizite hinsichtlich des Umgangs mit behinderten Schülern (41 Prozent) sowie unzureichende räumliche Gegebenheiten an den Schulen (36 Prozent).

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, sagte am 24. April 2013 zu der Erhebung: „Die Umfrageergebnisse bestätigen unseren Eindruck, dass gerade beim Schlagwort der individuellen Förderung bildungspolitischer Anspruch und schulische Realität noch weit auseinanderklaffen, wie die berechtigte Kritik von Eltern und Lehrern an zu großen Klassen

und einem zu geringen Förderkursangebot beweist. Aber auch bei der Herkulesaufgabe

Inklusion hinkt die Politik ihren eigenen Vorgaben noch weit hinterher.“
(12/16/13)

BTE zu neuem Mess- und Eichgesetz: Hängepartie endlich beendet

(dbb) Das neue Mess- und Eichgesetz und dessen Auswirkungen waren das vorherrschende Thema bei der Bundeshauptvorstandssitzung der Gewerkschaft Mess- und Eichwesen BTE in Königswinter. „Endlich ist diese Hängepartie beendet“, sagte der BTE-Vorsitzende Ronald Kraus zur Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag. „Nun müssen in den Ländern schnell die seit langem versprochenen und teilweise aufgeschobenen Personal-Einstellungen und Investitionen erfolgen.“ Das Gesetz wird zum großen Teil zum 1. Mai 2015 in Kraft treten.

Der BTE hatte sich sehr stark in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren eingebracht, wurde am 21. April 2013 weiter mitgeteilt. So hatte er gemeinsam mit dem Kooperationspartner BTB, der Fachgewerkschaft Naturwissenschaft und Technik, über 75 detaillierte Änderungsvorschläge dem zuständigen Bundeswirtschaftsministerium unterbreitet, die allerdings nur teilweise Berücksichtigung fanden. Auch die EU-Kommission und andere betroffene Ressorts hatte die Fachgewerkschaft, in der die Beschäftigten der staatlichen Eichämter und Eichdirektionen der Länder organisiert sind, kontaktiert. Kritisch bewerten die Eichbeamten die geplanten Regelungen bei amtlichen Messungen im Straßenverkehr. „Messgeräte für

Atemalkohol oder zur Geschwindigkeitsüberwachung sollten von Beginn an von einer unabhängigen Behörde zugelassen und anschließend geeicht werden“, so Kraus.

Ausführlich beriet der BTE-Bundeshauptvorstand über Entwicklungen im Gesetzlichen Messwesen in den Bundesländern. Handlungsbedarf gebe es hier bei der Weiterentwicklung der Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder. Die aufgeführten Tätigkeitsmerkmale für technische Beschäftigte im Eichdienst seien veraltet und müssten heutigen Arbeitsaufgaben entsprechen, hieß es.
(13/16/13)

Forstleute enttäuscht wegen drastischer Kürzung der Mittel für Waldklimafonds

(dbb) Der Waldklimafonds, aus dem die Bundesregierung Maßnahmen für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel finanzieren will, ist zwar nicht gescheitert, wird aber mit wesentlich weniger Mitteln ausgestattet als ursprünglich vorgesehen. „Das ist ein Armutszeugnis für die Bemühungen um Walderhaltung und Waldschutz. Die Forstleute sind schwer enttäuscht“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF).am 24. April 2013.

Statt der geplanten 28 Millionen Euro stehen für den Fonds nur 7,2 Millionen Euro zur Verfügung; das bedeutet 75 Prozent Kürzung. Die Forstwirtschaft – Forstleute und Waldbesitzer – würden nahezu allein gelassen in den Bemühungen zur Erhaltung und zum Umbau des Waldes, so der BDF-Vorsitzende.

„11,1 Millionen Hektar Wald in Deutschland, 30 Prozent der Gesamtfläche, binden jedes Jahr

über 100 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid. Der Wald schützt das Klima. Der Wald ist durch den Klimawandel bedroht. Schutz und Erhaltung des Waldes sind mehr wert als 65 Cent pro Hektar.“ Jacobs bekräftigte: „Der BDF bleibt bei seiner Forderung, den Waldklimafonds aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren und mit einer angemessenen Summe auszustatten.“
(14/16/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Im Rahmen der Protestaktionen des DBB NRW zur Einkommensrunde 2013 haben am 22. April 2013 gleich zwei Protestveranstaltungen stattgefunden. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre Stellvertreterin Sylvia Löhrmann wurden anlässlich eines Empfangs zum Tag der Arbeit lautstark von rund 1.300 Kolleginnen und Kollegen in Hamm "begrüßt". Unter ohrenbetäubendem Lärm versuchten Kraft und Löhrmann, das Veranstaltungsgebäude zu betreten. Die Beamten brachten Unmut, Wut und Enttäuschung über die Pläne der Landesregierung zum Ausdruck, das Tarifergebnis nicht ein zu eins auf den Besoldungsbereich zu übertragen. Auch der Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger hatte sich den Einzug in die Stadthalle Bielefeld zum Präventionstag sicher anders vorgestellt: Rund 250 Kolleginnen und Kollegen empfingen Jäger mit einem gellenden Pfeifkonzert. **Meinolf Guntermann**, Vorsitzender des DBB NRW, kündigte an: „Wir werden unseren Protest nicht einstellen, auch wenn das Gesetzgebungsverfahren inzwischen gestartet wurde.“

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, hat die Forderung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nach mehr Videokameras in der „Ostsee-Zeitung“ (Ausgabe vom 22 April 2013) als „zu pauschal“ kritisiert. Wendt verlangte, an besonders gefährdeten Plätzen sollte vielmehr „dringend intelligente Erkennungssoftware“ eingesetzt werden. Damit könnten Personen erkannt werden, die sich auffällig verhielten, etwa Taschen unbeaufsichtigt abstellten. Auch bei Stürzen von Personen oder bei Prügeleien und Massenaufläufen könne über diese Erkennungstechnik die jeweilige Polizeileitstelle informiert werden. Es gehe um "den

behutsamen, zielgerichteten Einsatz" neuester Technik und nicht etwa um flächendeckende Videoüberwachung, erklärte Wendt.

Der Bund Deutscher Forstleute (**BDF**) hat alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen, anlässlich des Internationalen Tages des Baumes am 25. April einen Tag im Wald zu verbringen. „Entdecken Sie die Vielfalt eines Waldbestandes und bestaunen Sie die Arbeit der Forstleute“, heißt es in dem Appell vom 23. April 2013. Mit dem Wildapfel sei eine besonders seltene und umso sehenswertere wie wertvollere Waldpflanze zum Baum des Jahres bestimmt worden. Gerade noch 5.000 Wildapfel-Bäume gibt es in Deutschlands Wäldern. Viele Anstrengungen werden daher unternommen, diese seltene Baumart zu erhalten. Der Tag des Baumes wurde in Deutschland erstmals am 25. Februar 1952 begangen. Der „Baumfeiertag“ soll die besondere Bedeutung des Waldes und der Bäume für den Menschen in das öffentliche Interesse rücken.

Um Gläubigern schneller zum Geld zu verhelfen, hat der Bund Deutscher Rechtspfleger (**BDR**) am 22. April 2013 eine Modernisierung in der Zwangsvollstreckung vorgeschlagen: die Einführung eines großen Vollstreckungsgerichts. Der Gläubiger gibt dort alle erforderlichen Unterlagen ab und das Gericht kümmert sich selbständig um die Durchsetzung. Es beauftragt den Gerichtsvollzieher als „Streetworker“ und Rechtspfleger erledigen die Büroarbeiten. Der Servicebereich sorgt für gute Erreichbarkeit. Die Forderung des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes nach der Zuständigkeit für die Forderungspfändung lehnte der BDR ab.

(15/16/13)

In eigener Sache

Auf vielfachen Leserwunsch stellen wir von dieser Ausgabe an das dbb aktuell auch online zur Verfügung. Sie finden also künftig die jeweils zehn jüngsten Ausgaben unseres wöchentlichen Informationsdienstes auch auf der Homepage des dbb unter <http://www.dbb.de/presse/dbb-aktuell.html>

Die Redaktion